



Nr. 146. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang. Montag, 27. Juni 1921. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 27.20 vierteljährlich. Postbezugspreis 27.20 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Zur auswärtigen Lage.

Neuregelung der Besatzungskosten im Rheinland.
Paris, 26. Juni. Der Brüsseler Sonderkorrespondent des „Temps“ teilt mit, daß gegenwärtig von Sachverständigen der verschiedenen Regierungen die Kosten der Besatzungsarmee im Rheinland geprüft werden und daß die Angelegenheit demächst in London bei der Zusammenkunft der alliierten Finanzminister geregelt werden solle. Belgien wünsche angeblich, daß für die Besatzungskosten eine Pauschalsumme von ungefähr 280 Millionen Goldmark festgesetzt werde. — Das wären also 2 1/2 Milliarden Goldmark, die Deutschland zählich zu bezahlen hat.

Die Kohlenforderungen der Entente für den Juli.
Paris, 25. Juni. Die Reparationskommission hat beschlossen, die auf das Reparationskonto abzuleitende deutsche Kohlenmenge für den Monat Juli auf 2 200 000 Tonnen festzusetzen. Es ist das die gleiche Menge, die von der Kommission für die vergangenen Monate festgesetzt war. — Dabei weiß Frankreich nicht, wo es mit seinem Kohlenüberschuß hin soll.

Italien und die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Verständigung zwischen Deutschland u. Frankreich.
Rom, 25. Juni. Der Messaggero bespricht die Möglichkeit, die Stellung Italiens angesichts der wirtschaftlichen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu klären und die Möglichkeit, durch die Teilnahme Italiens dieses Übereinkommen zu einer Verständigung zu Dreien zu gestalten. — Nach einer Erklärung des Abgeordneten Bewese, des Vertreters der demokratisch-liberalen Gruppe im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, kann Italien von einer wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands an Frankreich für sich viel erhoffen, sofern ihm wirtschaftliche und politische Garantien gesichert werden.

Clemenceau wieder an der Arbeit.
Paris, 25. Juni. Blättermeldungen zufolge ist Clemenceau aus London, wo er gestern eine Besprechung mit Lloyd George hatte, zurückgekehrt. — Das ist ein sehr schlechtes Zeichen für Deutschland.

Griechenland will eine Entscheidung der Waffen.
Athen, 26. Juni. (Havas.) In Beantwortung des Schrittes der Alliierten vom 21. ds. Mts. erklärt die griechische Regierung, nachdem sie ihrem Dank für das Anerkennen der Alliierten Ausdruck gegeben hat, die Lage sei derart, daß nur die militärischen Interessen ihre Haltung bei ihren Entscheidungen zu bestimmen vermöchten.

Die Auffassung der türkischen Nationalisten.
Paris, 26. Juni. Havas meldet aus Angora: Die kemalistische Regierung hat Telegramme von Bekir Sami Bei, der sich zur Zeit in Rom befindet, erhalten, daß die großen alliierten Mächte sich mit der Absicht tragen, den griechisch-türkischen Konflikt auf dem Vermittlungswege zu regeln. Die Nationalversammlung ist unverzüglich einberufen worden. Im Verlaufe der Besprechung der augenblicklichen Lage erklärte der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, daß gewisse Anzeichen darauf hinweisen, daß die Griechen geneigt seien, sich mit einer freundschaftlichen Lösung der anatolischen Frage einverstanden zu erklären. Bei der Erwähnung des Eingreifens der Verbandsmächte erklärte der Minister für auswärtige Angelegenheiten, es sei ganz ausgeschlossen, eine Lösung anzunehmen, die die Unversehrtheit der Türkei in nationaler Hinsicht nicht durchaus sicher stellt. Der Schritt der Verbandsmächte könne ganz ausgezeichnete Ergebnisse zeitigen, aber nur unter der Bedingung, daß bei den Verhandlungen der Geist wahrer Verständigung herrsche.

Weitere Rüstungen der türkischen Nationalisten.
Paris, 26. Juni. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Athen, reisen Theodoris und Gunaris heute nach Smyrna zurück. — Nach einer Meldung des „Temps“ aus Angora ist Ahmed Pascha zum Oberbefehlshaber der kemalistischen Streitkräfte in Kleinasien ernannt worden. Gleichzeitig soll die Mobilisationsordre für drei Jahresklassen ergangen sein.

Der Völkerbundsrat und die albanische Frage.
Genf, 27. Juni. (Schweiz. Dep.-Ag.) Der Völkerbundsrat begann am Samstag Vormittag in öffentlicher Sitzung die Beratung der albanischen Frage. Der Vertreter Albaniens protestierte in längerer Rede gegen die Besetzung eines Teils Albaniens durch slavische und griechische Truppen. Der griechische Vertreter suchte sodann die Hinsfälligkeit des Übereinkommens von 1913 und 1914 nachzuweisen und schloß mit der Bitte: der Völkerbundsrat möge die Kompetenz in dieser Frage ablehnen und deren Prüfung der Bolschafsterkonferenz übertragen. Der Vertreter Südbaneniens legte die Gründe dar, die zur Besetzung des albanischen Gebiets geführt haben. Fisher (England) ermahnte alle drei Parteien, sich bis zur Regelung der Frage jeder feindseligen Handlung zu enthalten. Imperiali (Italien) schloß sich den Worten Fishers an. Ein Beschluß in dieser Angelegenheit wurde nicht gefaßt.

Eine Rede des italienischen Außenministers.
Rom, 26. Juni. Nachdem Graf Sforza in seiner Rede in der Kammer das oberschlesische und das Orientproblem besprochen hatte, dementierte er, daß Montenegro in Rapallo ein Tauschobjekt war und erklärte, daß weder in Rapallo noch sonstwo seither die montenegrinische und die albanische Frage erörtert worden seien. Graf Sforza sprach dann über Fiume und sagte, daß das Übereinkommen mit Südbaneniens als ein Meilenstein auf dem Wege zur vollständigen Passifizierung angesehen werden könne. Graf Sforza rechtfertigte sodann die Einbeziehung von jenseits der Apenninengezogene Slawen in Italien und schloß: Unsere Slawen werden uns dankbar sein, denn wir haben dem innerhalb seiner natürlichen Grenzen wieder vereinigten und freien Italien einen Frieden gegeben, der dieses italienische Ideal befestigt, das uns Stärke gegenüber den führenden Mächten gibt, die sich in die Herrschaft über die Welt teilen. — Der italienische Außenminister ist wirklich sehr christlich, denn er gibt mit seinen Ausführungen indirekt zu, um was dieser Krieg geführt wurde. Deutschland mußte vernichtet werden, damit die Angelsachsen und Romanen die Welt beherrschen konnten.

Protest Brantings über die Lösung der Islandfrage.
Genf, 25. Juni. Branting hat anlässlich der Bekanntgabe des Beschlusses des Völkerbundsrates in der Islandfrage an den Rat einen Protest gerichtet, worin es heißt: Die schwedische Regierung hatte gehofft, daß in diesem ganz besonderen Falle, in dem das Recht so klar erscheint und der Wunsch der Bevölkerung von seltener Einstimmigkeit ist, der Völkerbund seine Aufgabe als Sieger und Hüter des Rechts erfüllen könne und so durch eine ernste Tat das Morgenrot einer internationalen Ordnung ahnen lassen werde. Jetzt, wo die Entscheidung des Völkerbundsrates diese Hoffnung zunichte gemacht hat, kann die schwedische Regierung nicht umhin, der Beschädigung Ausdruck zu verleihen, der Völkerbund habe das Vertrauen erschüttert, das die Völker und namentlich solche wie Schweden, das lange für die Verwirklichung des internationalen Rechtes gekämpft hat, in den Völkerbund setzten, der berufen ist, in der ganzen Welt dieses Recht zu wahren. Die schwedische Regierung glaubt nicht, daß die vom Rat vorgeschlagene Lösung der Islandfrage geeignet ist, im Gebiete des Baltikum die erhoffte Beruhigung herbeizuführen, ist aber bereit, der Entscheidung des Rates die Bedeutung zuzuerkennen, die ihr der Völkerbundspakt verleiht, in der Hoffnung, daß doch einst Forderungen, die von so edlen Beweggründen und einem so tiefen Nationalgefühl getragen sind, wie die der Bevölkerung der Islandinseln, sich bei den Völkern siegreich durchsetzen werden. — Daß der ausgesprochene Ententetrend und Agitator Branting während des Krieges eine so schlechte Erfahrung mit dem Völkerbundsrat machen muß, ist schmerzlich und seine fahrbewohnte Erklärung begreiflich. Er wird sich aber wohl bald trösten, denn die Entente ist für ihn das „in aller Gerechtigkeit und Freiheit“.

Englisches Bestreben nach einer Lösung der irischen Frage.
London, 25. Juni. Premierminister Lloyd George hat an den Präsidenten der irischen Republik de Valera ein Schreiben gerichtet, worin de Valera und seine Parteigenossen unter Gewährung freien Geleits eingeladen werden, nach London zu kommen, um dort mit dem Premierminister von Nordirland jede Möglichkeit einer Lösung der irischen Frage zu prüfen.

Amerika und seine Schuldner.
Washington, 25. Juni. Da es mehreren Staaten unmöglich ist, ihre Schulden mit den Vereinigten Staaten zu begleichen, ersucht der Staatssekretär um die Ermächtigung, Zahlungsaufschub zu gewähren und nötigenfalls den Zinsfuß und die Rückzahlungsbedingungen dieser Anleihen abzuändern.

Die ungeheuren Flottenrüstungen Amerikas.
Paris, 26. Juni. Wie der „Newport Herald“ aus Washington meldet, ist in gemeinsamer Sitzung des Kongresses das Marinebudget in Höhe von 417 Millionen Dollar angenommen worden. Das nunmehr erlebte Flottengesetz stellt eine Personalstärke von 106 000 Mann vor.

Zur Lage in Oberschlesien.

Der Räumungsplan des deutschen Selbstschutzes angenommen.

Berlin, 25. Juni. Wie aus Oberschlesien mitgeteilt wird, hat die interalliierte Kommission zum Säuberungsplan des Generals Höfer ihre Zustimmung gegeben. Ueber einzelne Punkte besteht noch Unklarheit, so über die Kontrolle des polnischen Rückzugs und darüber, ob der deutsche Selbstschutz, wenn die Polen ihren Rückzug nicht durchführen, seine Stellungen wieder besetzen soll. Darüber wird noch verhandelt. Heute nachmittag tritt der Zwöckerausschuß zusammen und wird sich nochmals mit der Angelegenheit befassen.

Oppeln, 25. Juni. Der von General Höfer entworfene Räumungsplan ist von der interalliierten Kommission mit geringfügigen Änderungen gebilligt worden. Die Insurgenten haben sich gefügt und haben die Verpflichtung übernommen, mit dem 28. Juni mit der Räumung zu beginnen. Erst wenn durch die Räumung Hindenburgs der Beweis erbracht ist, daß die ernste Absicht besteht, auch das Industriegebiet frei zu machen, werden sich die deutschen Selbstschutzbildungen zurückziehen. Von hier aus werden sie je nach dem Fortgang der polnischen Räumungsaktion, die am 5. Juli beendet sein muß, ihren Bestand auflösen.

Die Aufteilung Oberschlesiens beschlossene Sache.

Paris, 25. Juni. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, hat in der gestrigen Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten Ministerpräsident Briand in bezug auf Oberschlesien erklärt, der italienische und der englische Standpunkt näherte sich dem französischen und man habe die Hoffnung, zu einer Aufteilung des Abstimmungsgebietes zwischen Deutschland und Polen zu gelangen und in dieser Richtung die Unterstützung Amerikas zu gewinnen. — Die Unterstützung Amerikas erhalten die alliierten Räumungsgesellen zu jeder Handlung, die Deutschland dauernd zu schädigen geeignet ist. Eine Aufteilung würde einen glatten Bruch des Friedensvertrags darstellen.

Die französische Verbindung mit dem Polenaufland erwiesen.

Berlin, 25. Juni. Der „Votallanzeiger“ veröffentlicht einen Geheimbericht General Beronds an die französische Mission in Berlin. Wie das Blatt behauptet, hat es den Bericht auf einem Wege erhalten, der ihm gestattet, die Echtheit des Schriftstückes nachzuprüfen. Der Bericht ist diktiert von einer hystischen Angst vor Deutschland. Berond fürchtet, daß der Selbstschutz in Oberschlesien immer stärker wird und faselt von einer engen Verbindung zwischen Selbstschutz und Orgeß.

Der Bericht fährt dann fort: Korsantj verliert dagegen von Tag zu Tag mehr an Popularität und Chancen und wird in nächster Zeit gezwungen sein, Oberschlesien zu räumen, wenn wir nicht sofort alle strategischen Punkte einnehmen, um dadurch den deutschen Vorstoß aufzuhalten und so Korsantj im Lande zu behalten. Wir haben infolgedessen mit den anderen Vertretern der Entente folgendes beschlossen:

- 1. Korsantj kann auf dem Gebiet, das er besetzt hat, seine Organisation fortführen und vermehren zum Schutze der polnischen Einwohner. Wir fordern von Korsantj, daß er unseren Geheimbefehlen unbedingten Gehorsam zollt.
- 2. Die Truppen der Alliierten müssen zu einer geschlossenen Gruppe zusammengezogen werden und die Aufgabe erhalten, weitere deutsche Vorbereitungen und Vorstöße, die Besetzung strategischer Punkte, ebenso die Vereinigung der deutschen Abteilungen zu einer Front zu verhindern.
- 3. Unsere Truppen müssen so aufgestellt und verstärkt werden, daß wir in jedem Augenblick bereit sein können die deutschen Truppen zu entwaffnen und ihre Munition zu beschlagnahmen, falls sie nicht auf den ersten Befehl von uns die Waffen ausliefern.

Ein französischer Gewerkschaftsführer über Oberschlesien.

Berlin, 27. Juni. Der gewerkschaftliche Mitarbeiter des „Le peuple“, J. J. J. J., veröffentlicht einen vom 16. ds. Mts. datierten Brief aus dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet, welchen dieser als Mitglied der dorthin entsandten alliierten Untersuchungskommission den Gewerkschaften geschrieben hat. In dem Briefe heißt es, oft genug sei von den Gewerkschaften auf den wirtschaftlichen Charakter der oberschlesischen Frage und auf den Irrtum hingewiesen worden, das oberschlesische Problem wie eine politische Angelegenheit regeln zu wollen. An Ort und Stelle könne man sich davon überzeugen, daß der Standpunkt der Gewerkschaften der einzig richtige sei. Im Abstimmungsgebiet habe im Laufe der Geschichte Oberschlesiens die Bevölkerung slavischer Nationalität und die Stammesverwandtschaft mit den Polen die Ueberhand gewonnen. Aber eine Tatsache müsse man im Auge behalten, daß nämlich Deutschland und

Dogt
eg
ahnarzt
e
rgau b. Gmünd
erein Calw
szeiten“
J. Haydn
nachmitt. 4 Uhr
of in Calw
ng von
er hier (Sopran),
Ackermann-
onzertsänger
Bass), Kammer-
gart (Kontrabass)
wärtige Musik-
reinsorchesters
rer Aichele.
der Buchhandlung
60 u. 3.30 einschl.
auf 1. u. 2. Platz
assung.
Hirsau
en Sonntag, 26. Juni
bis 9 Uhr, Gedek
Mk. 12.50
Hubertus
und neuen Kartoffeln
mit Schlagrahm
am, Küchenchef.
im.
er-Lichtspiele.
lage.
Baldhorn,
Juni 1921
t hochen kann.
von Horst u. Senbad
ode.
ereinander.
Berstojenen (Kolorier),
nglich. (Drama)
nee. Zum Todleben.
mittags 4 Uhr
im für Kinder 1 Mk.
abends 8 1/2 Uhr.
abends keinen Zutritt.
Die Direktion.
erkauf.
allen, rot schweißig
arren
guten Mitt. hat zu ver-
bereits ganz neuem Ge-
t und eine ältere Schale
hhausen a. d. W.
heim).
Igelstock.
mei 8 Wochen alle
Hunde
kauf
Künstler, 2. Stück

Oberamt Calw.

Uebersicht über das Ergebnis der ordentlichen Farenenschau im Oberamtsbezirk Calw im Jahr 1921.

Bezeichnung der Gemeinde, Teilgemeinde, Parzelle	Zahl der Kühe u. Jungkälber des Rot- u. Fleckviehes	Zahl der Faren des Rot- u. Fleckviehes d. Qualitätst.:			welche keinen Zulassungszettel erhalten haben	Von den zugelassenen Faren stehen im Eigentum		Bemerkungen			
		I sehr gut	II gut	III zu reichend		1. der Gemeinde und in Verpflegung					
						a) der Gemeinde (Ges. Art. 2 Ziff. 1)	b) von Farenhaltern (Art. 2 Ziff. 2)				
Calw	100		1	1			2				
Aggenbach	80		1			1					
Niedelberg	150		1			1					
Mühlthalen mit Oberweiler	80		1			1					
Altbühlach	70		2			2					
Altbühlach mit Weitenbach	200		1			3					
Altbühlach mit Weitenbach	180		1			2					
Weitenbach	80		1			3					
Althengstett	400		3			1		5			
Alzenberg mit Spehhardt	160		1					2			
Spehhardt	70		1			1					
Brettenberg	240		1		1	2					
Dachtel	170		2			2					
Deckensfromm	500		3			6					
Dennsicht	50		1					1			
Emberg	80		1			1					
Ernstmühl	—										
Gechingen	400		4			5					
Hirsau	70		1					1			
Hofstett	60				1	1					
Holzbrunn	162		1			3					
Hornberg	180		1		1	2					
Liebelsberg	140		1			2					
Liebenzell	100		2			2					
Mariemoos	150		1			2					
Monacham	130		1			2					
Möttlingen	240		1			2					
Neubühlach	220		1			3					
Neuhengstett	120		2			2					
Neuweiler	220		1			3					
Oberhaußfeld	200		1			3					
Oberhaußfeld	140		2					2			
Oberhaußfeld	120		1			2					
Oberhaußfeld	140		1			2					
Oberhaußfeld	120		2			3					
Oberhaußfeld	120		1			2					
Oberhaußfeld	230		2			3					
Oberhaußfeld	120		1			2					
Oberhaußfeld	150		1		1	2					
Oberhaußfeld	100		1			2					
Oberhaußfeld	330		1		1	4					
Oberhaußfeld	200		1		1	3					
Oberhaußfeld	450		3		1	6					
Oberhaußfeld	—										
Oberhaußfeld	135		1		1	2					
Oberhaußfeld	70		1			1					
Oberhaußfeld	150		1		2	3					
Oberhaußfeld	60		1			1					
Oberhaußfeld	190		1		1	2					
Summe:	7587		37		58	6		3	21	43	35

Calw, den 18. Juni 1921.

Oberamt: Gös, Oberamtmann.

Polen, wie die Abstimmung auch ausfallen möge, gezwungen sein werden, zusammen zu leben und Seite an Seite zu arbeiten. Die Lösung, die getroffen werde, müsse sich daher auf diese Solidarität und die Interessen eines künftigen Fortbestandes der gemeinsamen Tätigkeit stützen. Nur dann könne der bestehende Haß verschwinden, der von gewisser Seite künstlich geschürt werde; diese Politik sei unzulässig. In deutschen sozialdemokratischen Kreisen vertritt man diese Politik und verkennt keineswegs die Gefahr, die Oberschlesien durch die Orgesch und General Höfer erwachse. Alle Reichsorganisationen seien in den Händen der Reaktion und eine Wiederholung des Balkan-Abenteuers sei leider auch in Oberschlesien zu befürchten. Der Brief schließt mit dem Hinweis darauf, daß es im Interesse der Alliierten und der Ruhe Europas liege, daß die Alliierten keinesfalls mit der Politik der Gewalt und der Reaktion, wie sie gewisse Kreise wollen, solidarisierten. — Es ist klar, daß die Franzosen in Deutschland die Reaktion wünschen, dann können sie ihrerseits viel besser mit Gewalt vorgehen.

Die polnische Gewalttätigkeit im Aufstandsgebiet.
Hindenburg, 25. Juni. Der Hindenburg Kaufmannschaft ist von der hiesigen Aufstandsbehörde aufgetragen worden, bis Samstag eine halbe Million als Darlehen bei der Ludowik einzuzahlen. Die Reichsregierung soll eine Viertelmillion, die Baderinnung 21 000 und die Gastwirtschaft 100 000 Mark bezahlen. Der Reichskontrollrat hat dem polnischen Kommandanten den Befehl erteilt, dafür zu sorgen, daß die Einzahlung des Geldes unterbleibt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 24. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichstags wurden zunächst wieder keine Anträge erledigt. Gegen empörende Mißhandlungen und Beschimpfungen deutscher Staatsbürger in Oberschlesien durch französische Offiziere und Mannschaften hat die Regierung wiederholt bei der Interalliierten Kommission protestiert, ohne daß Abhilfe geschaffen wurde. Gegen einige besonders schwere Fälle ist neuerdings wieder Protest erhoben worden. Bezüglich der Frage wegen der Entschädigung ober-schlesischer Einwohner für die durch die Insurgenten angerichteten Schäden konnte die Regierung mit Rücksicht auf noch schwebende Verhandlungen keine Antwort geben. In Bezug auf die Deutschen-Pogrome in Ostrowo gab die Regierung die bereits gemeldete Erklärung ab. Auf einen volksparteilichen Protest, daß das Auswärtige Amt auf Veranlassung der französischen Regierung die Filme „Die schwarze Schmach“ und „Abenteuer eines Fremdenlegionärs“ verboten habe, erklärte ein Regierungsvertreter, daß die Entscheidung der Reichsprüfungskommission über die beiden Filme noch ausstehe. Hierauf wurde ohne wesentliche Debatte eine Reihe von kleineren Vorlagen endgültig angenommen, darunter der Staatsvertrag betreffend den Übergang der Wasserstraßen auf das Reich, der Entwurf betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes und der Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof. Bei der zweiten Lesung des Entwurfs über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers und der Vermögenszuwachssteuer entspann sich eine längere Aussprache, in deren Verlauf Reichskanzler Dr. Wirth erklärte, die Behauptung, die Lohn-

steuer sei eine Verschärfung der Einkommensteuer, entbehre jeder Begründung. Die Frage der freiwilligen Erstattung des Besitzes werde den Reichstag binnen kurzem beschäftigen. Der Stichtag vom 31. Dezember 1919 sei zweifellos ein Unglück. Die Rechner des Mittelstandes seien die eigentlichen Opfer der politischen Katastrophe. Jetzt gelte es, die Befehle der Produktionsmittel zu erfassen. Dazu sei Zusammenarbeit nötig. Schließlich wurde der Entwurf in zweiter und sofort auch in dritter Lesung angenommen. Darauf wurden in zweiter Lesung einige Nachtragsätze erledigt, darunter der für den Reichswirtschaftsrat unter Annahme des Ausschufsantrags, wodurch die Freifahrtskarten für dessen Mitglieder gestrichen werden. Bei der nun folgenden Fortsetzung der Beratung der Novelle zur Angestelltenversicherung wurden von verschiedenen Seiten Verbesserungswünsche geltend gemacht und schließlich die Vorlage dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Die nächste Sitzung beginnt morgen mittag 12 Uhr. Tagesordnung: keine Vorlagen.

Die Frage der Kontrolle der Kriegsgesellschaften.

Berlin, 25. Juni. Die Sitzung beginnt um 12 Uhr. Ohne Debatte wird der Gesetzentwurf zur Sicherung vor gewerkschaftlichen Schutzberechtigten im Auslande dem Rechtsausschuss überwiesen. Gleichfalls ohne Debatte werden in allen 3 Lesungen angenommen: das Gesetz über die Zuziehung von Hilfsrichtern zum Reichsfinanzhof, das Gesetz über die Ausgabe von Schuldverschreibungen zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen und die Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel bis zum 31. März 1922. Bei der dann folgenden 2. Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums beantragt der Ausschuss eine Herabsetzung der Reichsbeiträge für das Leipziger Nehamt um 2 Millionen und die vom Reichstag für Breslau, Stuttgart und Frankfurt beantragten Erhöhungen zu streichen. — Die Abstimmung ergibt bei schwacher Beteiligung die Wiederherstellung der Reichsratsbeschlüsse. Angenommen wird ferner eine Ausschufentziehung, die von der Regierung eine Nachweisung der finanziellen Beteiligungen des Reichs an Kriegsgesellschaften und ähnlichen Organisationen, sowie eine Denkschrift über die finanziellen Ergebnisse dieser Gesellschaft verlangt.

Reichswirtschaftsminister Schmidt stellt dazu fest: Die Kriegsgesellschaften werden dauernd vom Reichsfinanzministerium kontrolliert unter Zuziehung der Oberrechnungskammer. Von den Ausschüssen sind schon erhebliche Beträge der Reichsfinanzverwaltung überwiesen. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss kontrolliert seit langer Zeit die Kriegsgesellschaften. Abg. Dietrich (Dem.) unterschreibt die Ausführungen des Ministers und betont dem Ausschussberichterstatter Dr. Quatz gegenüber, der parlamentarische Untersuchungsausschuss habe seine Pflicht durchaus erfüllt.

Abg. Dr. Quatz (D.B.P.) erklärt dazu diese verdienstvolle Prüfungstätigkeit sei rein privatwirtschaftlich. Hier handele es sich aber darum, das Staatsrecht des Reichstags besser zu wahren als bisher. Die Regierung müsse für die Durchführung und Rechnungslegung kaufmännische Grundzüge anwenden.

Reichswirtschaftsminister Schmidt erwidert, die Kriegsgesellschaften müßten an sich schon ihre Finanzen dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss vorlegen, der sie durch kaufmännische Sachverständige nachprüfen lasse. Damit schließt die Beratung. — Nächste Sitzung Montag 3 Uhr: kleinere Vorlagen und Tagesordnung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Schiffahrtsfragen im Hauptauschuss des Reichstags.

Berlin, 25. Juni. Der Hauptauschuss des Reichstags nahm eine Entschließung einstimmig an, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, den Seeverkehr zwischen Ostpreußen und dem Reich durch ausreichende Subventionen und langfristige Verträge sicherzustellen. Angenommen wurde weiter ein Antrag Dr. Reichert (D. N.), die Regierung um Beschleunigung der Vorarbeiten betreffend einen Großschiffahrtsweg vom Ruhrgebiet nach den Nordseehäfen Bremen und Hamburg zu ersuchen.

Vermischtes.

Leipziger Universitätswoche.

Leipzig, 24. Juni. Nach einer zweitägigen Vorlesung, die in der Hauptsache Besichtigungen und Ausflüge gewidmet war, ist heute vormittag in der Aula der hiesigen Universität die Leipziger Universitätswoche feierlich eröffnet worden. Neben etwa 1000 Deutschen und rund 300 Ausländern aus allen befreundeten Ländern Europas nahmen auch Gäste aus den ehemals feindlichen Staaten Italien, Japan und den Ver. Staaten daran teil. Nach einem Begrüßungsvortrag hieß der Rektor der Universität, Richard Schmidt, die Erschienenen herzlich willkommen, wobei er insbesondere auch die Vertreter der Universitäten in Madrid und Sofia begrüßte.

Leipzig, 26. Juni. Der Linder Studentenor veranstaltete gestern abend unter dem väterlichen Beifall eines zahlreichen Publikums ein glänzend verlaufenes Konzert. Danach fand im Jenischtheater ein von der deutsch-schwedischen Vereinigung zu Ehren der schwedischen Gäste veranstalteter Kommerz der schwedischen und Leipziger Studentenschaft statt, zu dem auch etwa 100 Holländer erschienen waren. Der Leipziger Universitätsprofessor Rendtorff sprach dabei über die tatkräftige Hilfe des schwedischen Volkes im nach dem Kriege und brachte ein brennend aufgenommenes Hoch auf Schweden aus.

Keine Freilassung der wegen Landesverrats verurteilten bayerischen Kommunisten.

München, 25. Juni. Der Geschäftsordnungsausschuss des bayerischen Landtags lehnte heute den Antrag der U.S.P. auf Haftentlassung der Abg. Toller, Rüdiger, Eisenberger, Sauer, Hagemeister und Schmidt mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Partei ab. Abg. Dr. Hilpert (Mittelpartei) betonte dabei, daß der Landtag sich selbst aufgeben würde, wenn er diese Leute, die dem Parlament das Lebenslicht ausbläsen wollten, in die Mitleidlichkeit versetzen würde, ihre verbrecherische Tätigkeit fortzusetzen.

Aufhebung der Reichskartoffelstelle.

Berlin, 25. Juni. Die Verwaltungsabteilung der Reichskartoffelstelle wird am 1. Juli aufgelöst. Die Geschäftsabteilung befindet sich bereits in Liquidation.

Stromeinschränkung des Charlottenburger Elektrizitätswerks.

Berlin, 23. Juni. Infolge der durch die ober-schlesischen Unruhen hervorgerufenen Kohlenknappheit sah sich das hiesige Elektrizitätswerk Charlottenburg in dieser Woche gezwungen, zu Stromeinschränkungen zu schreiten, von denen einige große Charlottenburger Werke betroffen wurden. So mußte das Osram-Glühlampenwerk, das 4000 Arbeiter beschäftigt, zwei Tage lang den Betrieb stilllegen. Die Berliner hiesigen Elektrizitätswerke und die Gasanstalt verzügelten, wie das „Mittelschlesienblatt“ erfährt, nur über einen Kohlenvorrat für 14 bis 15 Tage.

Wiederaufnahme der deutschen Dampferverbindung mit Afrika.

Berlin, 24. Juni. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, ist der Feiertag von der Entlastung beschlagen, aber für die demnächst nötigen Offiziertransporte unter deutscher Flagge belassene Wörmann-Dampfer wieder in der Besitz der Wörmann-Linie übergegangen. Er wird von dieser nach Erledigung der nötigen Instandsetzungsarbeiten anfangs Juli wieder in den Africadienst eingestellt.

Großfeuer in einem amerikanischen Heeresdepot im besetzten Gebiet.

Koblenz, 25. Juni. In der Nacht zum 24. Juni brach kurz nach Mitternacht aus unbekannter Ursache im amerikanischen Heeresdepot in Vendorf Feuer aus, das das Stapellager des Kolonnenmaterials sowie ein großes Vorratslager und zahlreiche Eisenbahnwagen vernichtete. Da die Feuerwehre den Brand nicht bewältigen konnten, mußten etwa 2000 amerikanische Soldaten aufgebieten werden, die in Lastkraftwagen an die Brandstätte befördert wurden. Der Brand konnte erst in den Morgenstunden auf seinen Herd beschränkt werden. Nach dem „Echo de Rhin“ beläuft sich der Sachschaden auf mehrere Millionen Dollar.

Eisenbahnunglück in Frankreich.

Paris, 25. Juni. Der Schnellzug Lille-Paris, der um 11 1/2 nachmittags von Lille abfährt, ist in der Nähe von Beaumont-Hamel entgleist. Bisher sind 23 Tote und etwa 30 Verwundete aus den Trümmern geborgen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Die französische Kulturhande im Rheinland.

Frankfurt/Main, 25. Juni. Zu den zahlreichen Fällen schwerer Verbrechen von Angehörigen der französischen Besatzungstruppen kommen fortgesetzt neue. Jetzt wird folgender Fall bekannt, der sich in der Nacht vom 15. auf den 16. Mai in der Nähe der Kaiserstraße in Mainz zugetragen hat: Das Schwerepaar Born aus Mainz

bestand sich von einer Hiebstrafe in Freiheitsstrafe. Während sich die beiden Franzosen handelten, der Verurteilten der verurteilten Ge-schlagen und traten wurde ihm auch der Schreien zu verhin-dern, ergriffen die gelang es später mit-baten, die sich mit-wältigen und au-schließlichen Soldaten des Nachschubs ge-lassen zu entwe-lich machten, ihrer h-gebranten gelang es zu verhaften und in-festung des Namens Soldat Kaste bezüch-befehlenden Soldaten kann, ob die beiden entsprechend ihrem Oberbefehlshaber der Einzelheiten gemeldet. In letzter Zeit h-richten bekannt gewo-40 Fälle von Notzuch-sequellen Ausschreitun-lichen den allierten M-ittellungen über da-von denen in 4 Fälle-erfolgt ist, während

Die Schleifung

Bad Ems, 24. alliierte Kommissio-deren Aufgabe es im Rheinlande vor-Sitzung der Kommi-Kommandanten üb-festigungswerte au-schen Grenze entgeg-zu dem Schluß, da-lagungsreitkräften noch gewartet wer-anlagen unmech ge-

Zur Finanzierung

* Wie wir hö-Gemeinden des Nech-nenen Summen zur-Schwarzwaldbreis ha-nicht entschieden. meinden angefonne-wochen. Die Wü-r-er erwartete Summ-Es ist zu hoffen, da-mung der ihr angefon-für unser engeres W-

Zu den Bedingungen

(In dem Be-Bedingungen des M-len das W e i ß e n-gehört wird, nicht werden

Städtische Lebensmittel-Versorgung.
Auf Lebensmittelmarke Nr. 242 kann bis Mittwoch, 29. Juni, Getreide bestellt werden, ebenso auf Krankheitsmittelmarke Nr. 36. Die Kleinhändler wollen die Bestellmarken am Donnerstag, 30. Juni, vormittags von 8-9 Uhr, auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 abliefern.

Calw, den 27. Juni 1921.
Todes-Anzeige.

Tiefbetrubt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Margarete Bacher
geb. Bühr
am Samstag Mittag 3 Uhr nach langem Leiden entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen:
Gottlieb Bacher mit Kindern.
Beerdigung Dienstag Nachmittag 2 Uhr.

Rötenbach, den 27. Juni 1921.
Todes-Anzeige.

Tiefbetrubt teile ich Verwandten und Bekannten mit, daß mein teurer Gatte und Onkel
Adam Hammann
im Alter von 83 Jahren gestern früh sanft in dem Herrn entschlafen ist.
Die trauernde Gattin:
Heinrike Hammann, geb. Kentschler.
Beerdigung Dienstag, 28. Juni 1921, mittags 1/2 Uhr in Zavelstein.

Dr. Pfeilsticker
von der Reise
zurück.

Fahrnis-Versteigerung.
Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Mittwoch, den 29. Juni, (Peter und Paul-Feiertag) vormittags 9 Uhr und mittags fortgesetzt im früher Bäcker Lohrer'schen Hause, Lederstraße 150, gegen Barzahlung:
Bücher, Frauen-Kleider, Weißzeug, Küchengerät, 2 vollständige Betten, 1 bereits neu, Bettladen m. Roste, Schreinwerk: 2 Kommode, 1 Sekretär, 1 Weiß- und 2 Kleiderkasten, Tische, 1 Nachtstuhl, gepolsterte und andere Stühle, Nachttische, Körbe, Spiegel u. Portraits, Faß- und Band-Geschir, 1 Partie Flaschen, ca 2 Mtr. bürres gespaltenes Holz.
Liebhhaber sind eingeladen.
Stadtinventarier Kolb.
Auch verkaufe ich nachmittags 3 Uhr: getragene, schöne Blusen, Oberröcke, Damenschuhe und Sonstiges.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland.

Uhren Goldwaren Optische Artikel
Frisch eingetroffen:
Salon-, Zimmer-, Tisch- und Becker-Uhren aller Art mit neuen billigeren Preisen.
Ferner bringe ich in empfehlende Erinnerung:
Taschen-Uhren, Gold- und Silber-Waren, Trauringe, optische Artikel, Geislinger Tafel-Bestecke,
auch alles mit bedeutend reduzierten Preisen.
Carl Eppinger, Uhrmacher, Badstraße 345.



Erhöhte Leserzahl — gesteigerter Reklamewert!
Geben Sie jetzt eine Anzeige im Calwer Tagblatt auf, denn nicht nur die einheimische Bevölkerung ist Leser des Blattes, nein auch die vielen im Nagoldtal weilenden Kurfremden lesen das Calwer Tagblatt wegen seines vorzüglichen Nachrichtendienstes

2 tüchtige Gipsler
finden sofort für längere Zeit Beschäftigung bei
Chr. Sauer, Gipsmeister, Calw.

Nebenverdienst!
Strebende Personen finden Beschäftigung im eigenen Heim. Verdienst 40-60 Mk. täglich. Auskunft durch H. Duschka, Dyle i. Westf. Rückporto erwünscht.

1 Gluckhenne
mit 10 Jungen hat zu verkaufen.
Frau Luise Schönhardt.

Suche **Mädchen** für meinen Haushalt zum alsbaldigen Eintritt.
Frau Georg Mappes, Karlsruhe, Karlsriedrichstraße 20.

la Marmelade offen und in Gläsern von Mk. 4.- an pro 1 Pfund empfiehlt
Fr. Lamparter a. Markt.

Zimmer-Mädchen
das nähen und bügeln kann zu kinderlosem Ehepaar auf 1. Juli oder später nach Baden-Baden gesucht. Meldungen daselbst bei Frau Nebiginat Ost.

Vertreter gesucht.
Hohen Verdienst bringt der Verkauf meiner Schürapparate für Häckselmaschinen u. Sensen. Letzterer erzieht das Dergeln der Sensen. Große Massenartikel. Jeder Landwirt kauft. Muster franco Nachnahme, Rückgabe gestattet. M. Straßer, Erfurt.

Etwas Gutes für Haare und Haarboden ist **Brennnessel-Haarwasser** und **Birken-Haarwasser**
Zu haben: K. Otto Vincon.

Paul Räuchle, Calw
Sonderangebot
130 cm breit weiß
Damast Mark 30.-
schöne Streifenmuster, sehr gute Qualität.

Allgemeine Ortskrankenkasse
für den Oberamtsbezirk Calw.
Wegen Hauptreinigungsarbeiten bleibt die Kasse am **Dienstag Nachmittag den 28. Juni und Mittwoch, den 29. ds. Mts. geschlossen.**
Holzbronn.
1 Schlacht-Farren
verkauft am kommenden Mittwoch, den 29. ds. Mts., mittags 1 Uhr.
Gemeindevorstand.

Paul Räuchle, Calw
Sommerjoppen
Arbeitsjoppen aus Hosenzeug u. Englisch Leder
Blaue Anzüge
Einzelne blaue Hosen und Joppen.

Mais, Maismehl, Dalmehl, Zuckermelasse,
beste Qualität empfiehlt
Otto Jung.

Hirsau.
Guterhaltener grauer **Anzug**
für mittlere Figur billig zu verkaufen, sowie **Joppe und Weste** (blau) für Jüngling.
Wilhelmstraße 116 p.
Im Auftrag zu verkaufen **1 Waschkommode** 120/60 mit welchem Marmor und Spiegelaufsatz,
1 Schrank 110 cm breit. Die Möbel sind Nutzbaum und in tadellosem Zustand.
Weik & Krauß, Liebenzell.

Ein tüchtiger **Schreiner**
kann sofort eintreten bei **Karl Fischer** mech. Schreinerei Unterelchenbach.

Würzburg.
Eine hornlose, rehsfarbige **Milch-Ziege**
hat umständehalber preiswert zu verkaufen.
Matth. Schöttle.

Gültlingen.
Einen 14 Monate alten **Zucht-Farren** (Gelbrotsch) für Dienst wird garantiert, setzt dem Verkauf aus.
Philipp Haug.

Pfannkuch & Co.
Sente eingetroffen:
Holländer Blumenkohl
Schlangengurken Stk. Mk. 4.50
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.

Verkaufe aus meiner Zucht nach Leistung 3 Stk. 8 Wch. alte **Dachshunde,**
1 Rüde, 2 Hündinnen schwarz mit roströtem Abzeichen von nachweisbar erstklassigen Gebrauchshunden. Ferner eine **Hündin,**
2-jährig, aus obiger Zucht, mit 4 Stück 8 Wochen alten Welpen. Hündin ist sehr gut, unter u. ober der Erde, arbeitet auch auf Schweiß.
Karl Lutz, Jäger, Deckenpfund D. Calw.

Zur Lage
Rohmit, 26. Juni.
zur Freimachung mel den Güterverleher. Von Markt geschätzt. Von Kontrolleur sei gegen Kaufmannschaft eingetragenen Fuß gesetzt worden freigegeben.
Rathbor 27. Juni.
genten ab. Seit gesturgenzont und durchgeführt. Nach abiet wird mit eini

Fahrpläne für den Bezirk Calw
erhältlich das Stück zu 50 Pfg. in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Deutsches Reich
Berlin, 27. Juni.
Lageberichten nahm der Reichspräsident an und zwar den, des Reichsarbeitsministeriums eine Million Mark an möglichen auszuweisen, ferner trat das Haus in Berlin, des Zentrums in der Anordnung der Anordnungen vom 11. April d. J. machten die Antragsteller den überfälligen Wiederwählungen Kreis, darunter von Hamburg und Lübeck wie die Auslandsdeutsche Frage ausgesprochen hat eine rein fagentechnisch sein der sozialistischen Partei ein Interesse daran drängen gegigt werde. Qualität beurteilt, nicht es sich Gründe am die der Republik. — Beingenommen namentlicher Abgeordneten 120 für inhaltungen. Demnach denken in Stellung, won der Gefährdung in dem morgen Nachmittag 2 Uhr Nachmittags auf der

Der Reichsinnenminister
Berlin, 27. Juni.
Reichsinnenminister des Reichsministerium eine für möglich hatte. Die baldigt der Abbau möge. Die Regierung schwebt. Aber es schwierig sei. In der 1. B. auf dem Standpunkt die völlige Beseitigung schenswert sei. In schwer gewesen. Aber wassung und die Unmöglichen Lage zurückzuführen es auf Grund des Landesregierungen, die führung der Bestimmung beruhigen auf dem tonte dann nochmals, berg überhaupt nichts Zustand dort nicht helfen.
Die Auflösung d
Berlin, 28. Juni.
wird die bayerische Regierung zur Auflösung richtiger zugehen lassen. Vereinsregister vollständig Einwohnerwechselfest aufzulösen, jedoch erübrigen.